1. Besprechungsfall: „Dicke Luft“

Gemeinderätin A ist gewähltes Mitglied im Gemeinderat einer niedersächsischen Gemeinde. Als Nichtraucherin hält sie es für unzumutbar, dass sieben andere gewählte Ratsmitglieder während der Gemeinderatssitzungen stark rauchen, obwohl man in einem kleinen, schlecht belüfteten Sitzungssaal tagen muss. Ihre in jeder Sitzung an diese sieben Kolleginnen und Kollegen gerichtete Bitte um Rücksicht bleibt ebenso erfolglos wie ihr Appell an den Ratsvorsitzenden, das Rauchen während der Sitzungen zu untersagen.

Daraufhin erhebt A beim zuständigen Verwaltungsgericht Klage gegen den Ratsvorsitzenden mit dem Antrag, diesen zu verpflichten, künftig in jeder Ratssitzung ein Rauchverbot auszusprechen, wenn sie es verlangt. Sie macht geltend, sie könne ihre Aufgabe im Gemeinderat nicht vernünftig erfüllen, wenn man ihr als Preis einen Verzicht auf ihr Grundrecht auf Gesundheit abnötige; zumindest müsse man doch kompromissbereit sein. Der Ratsvorsitzende wendet ein, die Ratsmehrheit habe sich kontinuierlich gegen ein Rauchverbot ausgesprochen. Im übrigen stehe es der A frei, gegen die Raucher selbst vorzugehen.

Gleichzeitig stellt A einen Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz, da sie ansonsten noch für längere Zeit, d.h. die gesamte Dauer des Hauptsacheverfahrens an der Wahrnehmung ihrer Aufgaben als Gemeinderätin gehindert sei.

Werden die Klage der A und ihr Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz Erfolg haben?

Wichtig: Die Normen des Niedersächsischen Nichtraucherschutzgesetzes (Nds. NiRSG) sind dabei nicht zu beachten!

Variante 1: Zuhörer Z wohnt den öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates regelmäßig bei. Auch er fühlt sich durch das „Gequalme“ einiger Ratsmitglieder behelligt. Nachdem Z in einem Schreiben an den Gemeinderat vergeblich ein Rauchverbot gefordert hat, verklagt er diesen beim zuständigen Verwaltungsgericht. Z will erreichen, dass der Gemeinderat künftig das Rauchen untersagen muss. Dazu beruft er sich auf seine Rechtsstellung als Gemeindebürger und sein Menschenrecht auf gute Luft. Die Gemeinderatsmitglieder meinen, ein Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden könne nur der Gesetzgeber erlassen. Wie sind die Erfolgsaussichten einer Klage des Z gegen B?

Variante 2: Zuhörer Z ist erbost darüber, dass zahlreiche andere Zuhörer und Zuhörerinnen während der Gemeinderatssitzungen rauchen. Auf seine Bitte, das Rauchen zu unterlassen, gehen sie nicht ein, da man ihnen zumindest Rauchpausen verschaffen müsse, damit sie nichts versäumten. Z möchte die Gemeinde sofort darauf verklagen, ihnen das Rauchen in seiner Anwesenheit zu verbieten. Inwieweit sind die Erfolgsaussichten dieser Klage im Vergleich zu den vorangegangenen Prüfungen anders zu beurteilen?

Alle angestrebten Verfahren sind auf ihre Zulässigkeit und (gegebenenfalls im Hilfgutachten) auf ihre Begründetheit hin zu untersuchen

Wichtig: Die Normen des Niedersächsischen Nichtraucherchutzgesetzes (Nds. NiRSG) sind dabei nicht zu beachten!